



Ausgabe: März 2022

Demokratie-Newsletter

Der Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte sowie Staats- und Rechtsphilosophie an der Universität Zürich von Professor Kley gibt monatlich einen Demokratie-Newsletter heraus. Der Newsletter beinhaltet eine Auswahl der wichtigsten Meldungen, Mitteilungen, Entscheidungen und Urteile im Bereich der Demokratie und der politischen Rechte – in der Schweiz, in Europa und der Welt. Wir achten hierbei darauf, dass auch wichtige und aktuelle Themen aus den Bereichen Föderalismus, Politik, Staats- und Rechtsphilosophie sowie Fragen aus dem öffentlich-rechtlichen Verfahrensrecht aufgeführt werden.

1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»	2
2. Gerichtsurteile	3
2.1 Bundesgericht	3
2.2 Kantonale Entscheide	4
2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)	4
3. Neue Volksinitiativen	4
4. Publikationen	5
5. Dokumentation und Kontakt	7



1. Medienberichte zum Thema «Demokratie»

NZZ 05.02.2022, S. 21

Wenn die öffentliche Meinung in Bubbles zerfällt: Ambivalenzen der Digitalisie-
rung von Demokratie – In der Debatte um die Digitalisierung politischer Verfahren
müssen die Eigenheiten demokratischer Partizipation und der Anspruch auf einen
unverfälschten, öffentlichen Dialog im Vordergrund stehen. ([Link](#))

Schweizer
monat

01.03.2022

Das Parlament hat den Weg der Verfassung verlassen – Dem Coronagesetz fehlt
eine konstitutionelle Grundlage. Selbst das Vollmachtenregime zu Kriegszeiten
war juristisch sauberer. (Beitrag von Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley) ([Link](#))

Schweizer
monat

01.03.2022

Eine Nebensächlichkeit namens Gesetzgebung – Das Parlament produziert Ge-
setze am laufenden Band, deren Qualität nimmt jedoch stetig ab. Das führt zu
mehr Bürokratie und Rechtsunsicherheit. (Beitrag von Prof. Dr. Alain Griffel) ([Link](#))

Schweizer
monat

01.03.2022

Aufseher im Nebenamt – Die Parlamentarier haben zwar ein griffiges Instrumen-
tarium für die Oberaufsicht über Bundesrat und Verwaltung. Oft fehlen ihnen aber
die Ressourcen, um dieses tatsächlich zu nutzen. ([Link](#))

NZZ 05.03.2022, S. 27

Bundesrat bringt Vorschlag für eine Regulierungsbremse in der Verfassung – ob-
wohl er selbst die Idee ablehnt – Soll die Schweiz die demokratischen Spielregeln
ändern, um die Regulierungskosten für Firmen zu bremsen? Diese Idee ist stark
umstritten. Die Mehrheit im Bundesrat hat am Freitag die Idee abgelehnt, aber
dennoch ein Projekt zuhanden des Parlaments beschlossen. ([Link](#))

NZZ 09.03.2022, S. 18

Problematischer Kampf gegen die Kampfjets – Finanzreferendum durch die Hin-
tertür – Die Volksinitiative gegen ein vom Bundesrat bereits beschlossenes Pro-
jekt hat keine aufschiebende Wirkung. Das käme sonst der faktischen Einführung
eines Finanz- und Beschlussreferendums gleich. ([Link](#))

NZZ 15.03.2022, S. 5

Online-Sitzung mit 200 Personen – der Nationalrat rüstet sich für die nächste
Krise – Das Parlament hatte einen schlechten Start in die Corona-Pandemie. Das
soll nicht mehr vorkommen. Der Nationalrat will neu in Notfällen vollständig virtu-
elle Sitzungen abhalten. Zudem möchte er Notrecht des Bundesrats schneller kor-
rigieren können. ([Link](#))



NZZ 23.03.2022, S. 27
Wie aus einem Twitter-Witz ein Experiment in direkter Demokratie wurde – „The next big thing“ aus dem Silicon Valley ist eine neue Art des Unternehmertums. Ein Blick hinter die Kulissen. ([Link](#))

NZZ 26.03.2022, S. 22
Corona-Schulden: den Wählerwillen ernst nehmen – Die zur Bekämpfung der Pandemie vom Bund gemachten Schulden werden geringer ausfallen als befürchtet. Dennoch möchten manche diese kreativ wegrechnen, statt sie ordentlich abzuzahlen. Das aber würde die Schuldenbremse beschädigen, die zu Recht breite Unterstützung geniesst. ([Link](#))

plädoyer 28.03.2022
Richterzuteilung oft nicht transparent – Welche Richter welchen Fall beurteilen, berührt den Kern jedes Rechtsstaats. Doch Schweizer Gerichte aller Instanzen sind für das brisante Thema wenig sensibel. Die Regeln der Fallzuteilung sind oft undurchsichtig. ([Link](#))

plädoyer 28.03.2022
Strassburg verurteilt Schweiz – Der Bundesrat hat im Frühjahr 2020 die ausserordentliche Lage ausgerufen und per Verordnung alle öffentlichen Kundgebungen verboten. Damit verletzte er die Menschenrechtskonvention (EMRK), wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg Mitte März entschied. ([Link](#))

2. Gerichtsurteile

2.1 Bundesgericht



Urteil des Bundesgerichts vom 4. Januar 2022 ([1C 297/2021](#)) (franz.)

Ungültigerklärung der kantonalen Volksinitiative „Bouclier LAMaL: Stopper enfin l'escalade des primes maladie!“, welche einen pauschalen Steuerabzug in der Höhe der doppelten durchschnittlichen Krankenkassenprämie im Kanton Genf einführen möchte – Die Beschwerdeführenden wehren sich gegen die Ungültigerklärung durch den Staatsrat und gegen das Urteil der Vorinstanz, welche die Initiative als bundesrechtswidrig einstufen – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 15. Februar 2022 ([1C 105/2021](#))

Kommunale Volksabstimmung in der Gemeinde Kreuzlingen TG vom 27. November 2016 über das Gesamtprojekt für einen Neubau eines zentralen Stadthauses in der Höhe von 47,5 Mio. Franken – Der Beschwerdeführer macht angesichts des sehr knappen Resultats (5 Stimmen Differenz) geltend, die Abstimmungserläuterungen hätten Art. 34 Abs. 2 BV nicht genügt – Das Bundesgericht erläutert die



strengen Anforderungen, welche an eine nachträgliche Überprüfung der Regularität einer Abstimmung geknüpft sind, sieht diese als nicht gegeben und weist die Beschwerde ab, soweit es darauf eintritt.



Urteil des Bundesgerichts vom 24. Februar 2022 ([1C 147/2021](#))

Absage der Landsgemeinde 2021 im Kanton Appenzell Innerrhoden – Das Bundesgericht verzichtet bei der Beurteilung der Rechtmässigkeit der Absage auf die Prozessvoraussetzung des aktuellen praktischen Interesses und tritt auf die Beschwerde ein – Die Beschwerdeführer rügen eine Verletzung von Art. 34 BV i.V.m. Art. 16 f. und Art. 21 KV/Al sowie eine Verletzung von Art. 22 BV – Das Bundesgericht weist die Beschwerde ab.



Urteil des Bundesgerichts vom 15. März 2022 ([1C 684/2021](#))

Vereinigung mehrerer Abstimmungsbeschwerden bezüglich Eidgenössische Volksabstimmung vom 28. November 2021 betreffend die Änderung vom 19. März 2021 Covid-19-Gesetz – Die Beschwerdeführerin der einzigen materiell beurteilten Beschwerde macht geltend, ein auf der Website des Bundes publiziertes Abstimmungsvideo habe gegen Art. 34 Abs. 2 BV verstossen – Das Bundesgericht erachtet ein Abstimmungsvideo, sofern es von der Bundeskanzlei oder eidgenössischen Departementen veröffentlicht worden ist, als zulässiges Anfechtungsobjekt, soweit es nicht nur den Inhalt der bundesrätlichen Abstimmungserläuterungen wiedergibt – In der Sache weist das Bundesgericht die Beschwerde ab.

2.2 Kantonale Entscheide

keine

2.3 Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI)

keine

3. Neue Volksinitiativen



Überblick hängige Volksinitiativen¹

- Initiativen im Sammelstadium ([13](#)) (+2)
- In Auszählung ([0](#)) (0)
- Beim Bundesrat hängig ([3](#)) (-1)
- Beim Parlament hängig ([5](#)) (0)
- Abstimmungsreife Volksinitiativen ([1](#)) (+1)

¹ Stand 31.03.2022.



Verfügung der Bundeskanzlei vom 22. Februar 2022

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine gute und bezahlbare familienergän-
zende Kinderbetreuung für alle (Kita-Initiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die
Sammelfrist läuft bis 8. September 2023. ([BBI 2022 526](#))



Botschaft des Bundesrates vom 4. März 2022

In seiner Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative „Für die Zukunft unserer Na-
tur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)“ und zum indirekten Gegenvorschlag
(Revision des NHG) empfiehlt der Bundesrat die Ablehnung der Initiative und die
Annahme des indirekten Gegenvorschlags. ([BBI 2022 737](#))



Verfügung der Bundeskanzlei vom 15. März 2022

Die Eidgenössische Volksinitiative „Für eine geregelte Entschädigung im Epidemie-
fall (Entschädigungsinitiative)“ hat die Vorprüfung bestanden. Die Sammelfrist läuft
bis 29. September 2023. ([BBI 2022 717](#))



Einfacher Bundesbeschluss vom 18. März 2022

Die Eidgenössische Volksinitiative „Keine Massentierhaltung in der Schweiz (Mas-
sentierhaltungsinitiative)“ wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Die
Bundesversammlung empfiehlt die Ablehnung der Initiative. ([BBI 2022 700](#))

4. Publikationen



BUOMBERGER PETER/PIAZZA DANIEL, Wer finanziert die Schweizer Politik?, Auf
dem Weg zu mehr Transparenz und Demokratie, Mit 14 Tipps für politisches
Fundraising, Zürich 2022 ([Verlag](#))



EHRENZELLER KASPAR/MÜLLER CHRISTINA/SCHINDLER BENJAMIN, Ausgestaltung
des Verhüllungsverbots durch den Bundesgesetzgeber, Bemerkungen zum Ge-
setzesentwurf des Bundesrats, Jusletter vom 28. März 2022 ([Jusletter](#))



GLASER ANDREAS/TEUSCHER NATHALIE, Die Bindung der Kirchen an die Wahl-
und Abstimmungsfreiheit, AJP 2022, S. 229 ff. ([Swisslex](#))



HETTICH PETER/FREYER JULIE, Demokratische Kontrolle unabhängiger Aufsichts-
und Regulierungsbehörden: Ein Oxymoron, ZBI 123/2022, S. 115 ff. ([Swisslex](#))



MÄRKLI BENJAMIN/RECHSTEINER DAVID, Bundesgericht, II. öffentlich-rechtliche Ab-
teilung, Urteile [2C_290/2021](#) und [2C_308/2021](#) vom 3. September 2021 (zur
Publikation vorgesehen), BGer 2C_290/2021: A. gegen Regierungsrat des Kan-
tons Uri, Aufhebung Art. 2 des kantonalen COVID-19-Reglements; BGer
2C_308/2021: A. et al. gegen Regierungsrat des Kantons Bern, Verordnung [des
Regierungsrats des Kantons Bern] vom 4.11.2020 über Massnahmen zur Be-
kämpfung der Covid-19-Epidemie (Änderung vom 19.3.2021 betreffend Verlän-
gerung Art. 6a Beschränkung der Anzahl Teilnehmenden an politischen und zi-
vilgesellschaftlichen Kundgebungen) (Entscheidbesprechung), AJP 2022,
S. 257 ff. ([Swisslex](#))

DeFacto MAERZ SERAPHINE F./EDGELL AMANDA B./LACHAPPELLE JEAN, „Pandemic Backslid-
ing“ – Demokratien im Ausnahmezustand während COVID-19, DeFacto vom
29. März 2022 ([Link](#))



MARKIĆ LUKA, Das kantonale Rechtsschutzverfahren im Bereich der politischen
Rechte, in: BRAUN BINDER NADJA/GLASER ANDREAS (Hrsg.), Schweizer Schriften
zum Staats- und Verfassungsrecht, Bd. 01, Diss. Zürich/St. Gallen 2022
([Verlag](#)) ([Open Access](#))

DeFacto MUELLER SEAN/STOJANOVIC NENAD, Verfassungsreform im Wallis: Ein Proporz
mit Sitzgarantie für den Walliser Staatsrat?, DeFacto vom 28. Februar 2022
([Link](#))



STEINMANN GEROLD, Verwaltungsgericht, 4. Abteilung, 18. Februar 2021,
VB.2021.00066; rechtskräftig (Entscheidbesprechung), ZBI 123/2022, S. 152 ff.
([Swisslex](#))

DeFacto STREBEL MICHAEL A., „Tausche Wohlstand für politischen Einfluss“. Die Abwä-
gungen der Stimmbevölkerung bei Gemeindefusionen, DeFacto vom 23. Feb-
ruar 2022 ([Link](#))



WOLIN SHELDON S., Umgekehrter Totalitarismus, Faktische Machtverhältnisse
und ihre zerstörerischen Auswirkungen auf unsere Demokratie, Mit einer Einfüh-
rung von Rainer Mausfeld, Frankfurt am Main 2022 ([Verlag](#))



5. Dokumentation und Kontakt



Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
Newsletter: [An- und Abmeldung](#)
Wir freuen uns über Ihre [Hinweise und Anregungen](#).



Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)



Urteils- bzw. Entscheidungssammlung des Bundesgerichts:
[Schweizerisches Bundesgericht](#)

Kontakt:

Lehrstuhl für öffentliches Recht, Verfassungsgeschichte, sowie Staats- und Rechtsphilosophie
Rechtswissenschaftliche Fakultät
Universität Zürich
lst.kley@rwi.uzh.ch

Redaktion

Sandro Trapani, BLaw
Prof. Dr. Dr. h.c. Andreas Kley
Lea Schneider, MLaw, LL.M.